



Mediendienst

10. Mai 2021

„Überarbeitete Handwerksordnung ohne Tarifbindung ist kurzsichtig“

IG BAU sieht als Folge größer werdende Einkommenslücke zwischen Industrie und Handwerksbetrieben

Frankfurt am Main – „Da wird eine große Chance vertan. Wenn die neue Handwerksordnung so Ende Mai vom Bundesrat verabschiedet wird, wird die Einkommenslücke zwischen der kleinbetrieblich strukturierten Handwerksbranche und der Industrie noch größer werden“, sagt Carsten Burckhardt, Bundesvorstandsmitglied der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU). Die Folge: Viele gut ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wandern in andere Wirtschaftszweige ab, in denen sie nicht nur bessere Arbeits-, sondern auch deutlich bessere Einkommensbedingungen vorfinden.

Was war passiert? Nachdem die Bundesregierung in zwölf Handwerksbranchen die Meisterpflicht wiedereingeführt hatte, musste nun die Handwerksordnung, als gesetzliche Grundlage, überarbeitet werden. Seit Beginn des Gesetzgebungsverfahrens setzt sich die IG BAU aktiv dafür ein, dass die Tarifpartnerschaft und Tarifbindung im Handwerk wieder gestärkt wird. So fordert die Gewerkschaft unter anderem, dass der Abschluss von Tarifverträgen eine Muss-Bestimmung wird. Wenn Kreis-, Landes- und Bundesinnungen nicht mehr bereit sind, Tarifverträge für ihre Betriebe und deren Beschäftigte abzuschließen, wenn die Innungen nicht gewillt sind, mit Gewerkschaften als Regulativ am Arbeitsmarkt zu agieren, sollten sie, nach Vorstellungen der IG BAU, ihren Status als Körperschaft Öffentlichen Rechts verlieren. Die Forderungen blieben jedoch ungehört.

„Dem Handwerk fehlen 65.000 Fachkräfte, immer mehr Betriebe sehen den zunehmenden Mangel als größte Herausforderung für die Zukunft an. Wenn wir gesetzlich da jetzt nicht einschreiten, wird dieses Problem eher größer als kleiner“, sagt Burckhardt. „Das ist nicht nur politisch kurzsichtig, sondern ignoriert auch die Sorgen und Probleme der betroffenen Arbeitnehmer.“

In der vergangenen Woche wurde das Gesetz vom Bundestag verabschiedet, voraussichtlich am 28. Mai steht es auf der Tagesordnung des Bundesrates. „Wir werden unser Ziel auch im bevorstehenden Bundestagswahlkampf nicht aus den Augen verlieren und uns weiter für die Beschäftigten im Handwerk stark machen“, sagt der Gewerkschafter abschließend.